

WIRTSCHAFT

STANDPUNKT

Von Sabine Schanzmann-Wey

Unsicherheit bei Karstadt bleibt



Mit Opel und Karstadt beschäftigen zwei Wirtschaftsstücke seit über einem Jahr das deutsche Publikum, lassen es hoffen, bangen und immer wieder auch verwundern. Denn jähle Wendungen sind in einen wie im anderen Fall nie ausgeschlossen. Schon allein deshalb ist zu verstehen, dass sich die Karstadt-Betriebsräte mit vorschnellen Kommentaren der Erleichterung längst zurückhalten.

Auch wenn sich nun die Arbeitsministerin einschaltet und Highstreet mit ihren Äußerungen unter Druck setzt, bleibt das Gefühl der Unsicherheit bestehen. Zwar wäre es kaum nachvollziehbar, wenn der Vermieter den Verkauf der Warenhausgruppe an Berggruen scheitern ließe. Auch ihm muss schließlich daran gelegen sein, zahlende statt insolvente Mieter zu haben. Es sei denn, das Konsortium will doch noch eine eigene Übernahme durchsetzen. Die Dramatik würde zum bisherigen Verlauf des Stückes passen – Applaus dürfen die Akteure dafür aber nicht mehr erwarten.

© s.schanzmann-wey@dnn.de



Spielzeug wird teurer

Um bis zu 30 Prozent könnten sich die Preise für Spielwaren erhöhen. Das prognostiziert der Spielwaren-Fachhandelsverband Vedes. Vorstandsmitglied Achim Weniger führte gestern in Nürnberg als Grund höhere Frachtkosten, den starken Dollar und steigende Löhne in den asiatischen Produktionsländern an. „Das alles wird sich über kurz oder lang auf die Preise auswirken“, sagte er. Das diesjährige Weihnachtsgeschäft allerdings sehe er davon noch nicht betroffen.

Im Geschäftsjahr 2009 konnte Vedes einen Gewinn nach Steuern von 1,1 Millionen Euro einfahren. 2008 hatte Vedes noch einen Verlust von 130 000 Euro ausgewiesen. 2009 stieg der Einzelhandels-Umsatz in den europaweit 1100 an Vedes angeschlossenen Fachgeschäften im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 526 Millionen Euro. Die rund 850 deutschen Vedes-Mitglieder setzten 450 Millionen Euro um, 2,8 Prozent mehr als 2008.

Foto: dpa/Jens Büttner

Annäherung im Streit um Karstadt

Berlin (ddp). Der Mietenstreit um die Karstadt-Filialen ist aus Sicht der Bundesregierung fast beigelegt. Der künftige Eigentümer der insolventen Kaufhauskette, Nicolas Berggruen, und das Vermieterkonsortium Highstreet hätten sich grundsätzlich auf die Mietkonditionen und damit den „schwierigsten inhaltlichen Punkt“ der laufenden Verhandlungen verständigt, sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gestern nach einem Treffen mit Betriebsräten von Karstadt und Gewerkschaftsvertretern in Berlin. Dies sei ein „großer und wichtiger Schritt voran“, nach wie vor seien die Verhandlungen aber in einer „kritischen Phase“. So gebe es noch „interne technische Probleme“ bei Highstreet, die mit der komplizierten Struktur des Unternehmens zusammenhängen. Zu dem Konsortium gehören unter anderem die Großbank Goldman Sachs und die Deutsche Bank, zahlreiche Gläubiger haben ein Mitspracherecht. Diese Probleme müssten nun intern gelöst werden, um die Chancen zum Neuanfang für Karstadt nicht zu gefährden, betonte die Ministerin.

Highstreet besitzt 86 der 120 Karstadt-Filialen. Berggruen will den insolventen Warenhauskonzern kaufen, hatte dies aber von einer Reduzierung der Mieten durch Highstreet abhängig gemacht. Am 16. Juli entscheidet das Amtsgericht Essen über den Insolvenzplan von Karstadt. Bis dahin müssen sich Berggruen und Highstreet vollständig geeinigt haben. ▶ Standpunkt

Halberg Guss voll ausgelastet

Saarbrücken (wer). Trotz des laufenden Insolvenzverfahrens ist der Leipziger Standort der Gießerei Halberg Guss voll ausgelastet. Wegen der guten Auftragslage werden die etwa 530 Mitarbeiter nach Informationen dieser Zeitung mittlerweile von rund 150 Zeitarbeitern unterstützt. „Wir sind auf einem guten Weg“, teilte der Betriebsrat dazu mit. Halberg Guss hatte vor einem Jahr Insolvenz angemeldet. Die Verhandlungen über einen Verkauf an einen Investor laufen. Nach Angaben aus Unternehmenskreisen haben die beiden Gießerei-Konzerne Tupy (Brasilien) und Fritz Winter (Deutschland) sowie ein Finanzinvestor jeweils ein Angebot vorgelegt.

WIRTSCHAFT KOMPAKT

Die Verbraucherpreise sind in Sachsen im Juni gegenüber Mai um 0,1 Prozent gestiegen. Auf Jahressicht lag die Teuerung bei einem Prozent.

Das DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, hat seine Wachstumsprognose für das zweite Quartal von 0,7 auf 0,9 Prozent angehoben.

Die Außenhandelspreise sind im Mai so stark gestiegen wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Einfuhren verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,5 Prozent.

Der US-Lebensmittelriese Kellogg's ruft in den USA 28 Millionen Packungen seiner Frühstückscerealien zurück. Die Produkte hätten einen „komischen Geschmack und Geruch“, teilte das Unternehmen mit.

Sunfilm-Chef Heinze geht von Bord

Insolvenzverwalter Bähr sieht gute Überlebenschancen für den Großröhrsdorfer Solarmodulhersteller

Großröhrsdorf (DNN). Es gibt Hoffnung für den insolventen Solarmodulhersteller Sunfilm mit Werken im sächsischen Großröhrsdorf und Thalheim (bei Bitterfeld). Seit der Pleite Ende März sucht Insolvenzverwalter Rainer M. Bähr mit Hilfe der Investmentbank Jefferies intensiv nach einem Käufer. Nun gibt es gleich mehrere Interessenten. Unter dessen ist der bisherige Vorstandschef Wolfgang Heinze bei Sunfilm von Bord gegangen. Ihn beerbt der bisherige Finanzvorstand Ulrich Wantia.

Es gehe nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“, sagte Insolvenzverwalter Bähr gestern am Sunfilm-Sitz in Großröhrsdorf zu den Verkaufschancen. Anfang April sollte alles noch binnen sechs Monaten über die Bühne gehen, seit Mai sei ein Termin Ende Juli realistisch. Offen sei noch, ob beide Standorte gemeinsam veräußert würden oder ob es eine getrennte Lösung geben wird. Interesse hätten nicht nur strategische Investoren aus der



Ex-Vorstand Wolfgang Heinze



Neuer Chef: Ulrich Wantia

Branche angemeldet, sondern auch Finanzinvestoren. Laufe alles wie geplant, könne im Oktober die erste Produktionslinie wieder angefahren werden, Anfang 2011 die zweite. Derzeit läuft Linie 1 in einem sogenannten „Hot Stand-by“ – heißt die Anlagen sind nicht ganz ausgeschaltet und können bei Bedarf binnen sechs Wochen wieder produzieren. In diesem Modus kostet der Betrieb der Anlagen – Strom, Löhne, Material – monatlich rund 1,5 Millionen Euro. Da das Insolvenzausfallgeld Ende Mai ausliefe, zahlen das nun komplett die Banken. Während der Rettungsbemühungen für das Solarunternehmen ist der bisherige Vorstandschef Wolfgang Heinze von Bord gegangen. Ihn beerbt der Finanzvorstand Ulrich Wantia. Der kam im Mai 2009 zum Unternehmen und sollte eigentlich für

Herbst 2010 den Börsengang vorbereiten. Den Weggang Heinzes wollte er nicht kommentieren. „Herr Heinze ist zurückgetreten, aber trotzdem noch mit dabei“, sagte er auf Nachfrage. Wantia ging nochmals auf die Gründe der Insolvenz ein. Noch in der Markteintrittsphase sei der Markt für die Dünnschichtmodule über Nacht zusammengebrochen. Dabei habe man sich anfangs vor Aufträgen nicht retten können. Doch als der Siliziumpreis in den Keller stürzte, hätten die Unternehmen die Nase vorn gehabt, die viel davon verbrauchten, weil sie billiger produzierten. Doch Wantia sieht Sunfilm im Bereich der Dünnschichtsiliziumtechnologie weltweit an der Spitze. Man arbeite daran, den Wirkungsgrad der Module von neun auf zehn Prozent zu steigern. Damit sei man absolut marktfähig.

Wenn denn der Verkauf gelingt. Von der Insolvenz des Unternehmens sind rund 300 Mitarbeiter betroffen – 185 in Großröhrsdorf und 115 in Thalheim. Betriebsbedingte Kündigungen gab es bisher nicht, doch haben bei den Fachleuten inzwischen die Hightech-Firmen aus Dresden zugeschlagen. Der Großteil der Sunfilm-Belegschaft befindet sich seit Herbst 2009 in Kurzarbeit, nur eine Kernmannschaft hält den Betrieb am Laufen. Gesellschafter von Sunfilm sind der Solarzellenhersteller Q-Cells (Sachsen-Anhalt) mit 50 Prozent, die Schweizer Good Energies AG (knapp 35 Prozent) und die norwegische NorSu AS (15). Alle drei hatten zu Jahresbeginn ihre laufenden Investitionen für Sunfilm eingestellt. An allen drei Unternehmen hat die Unternehmerfamilie Brenninkmeijer – Stichwort C & A – hohe Anteile. Es sei klar ersichtlich, so Ulrich Wantia, dass Familie Brenninkmeijer ihre Kräfte bei Q-Cells bündele.

Stefan Schramm / Barbara Stock

Die Rettung digitaler Kronjuwelen

System-Haus-Dresden bietet Datenspeicherlösungen für den Mittelstand vor Ort an

Dresden (DNN). Datenmengen können Probleme machen. Um digitale Informationen günstiger und einfacher zu verwalten, greifen Unternehmen über das Internet auf Dienstleister zurück. „Cloud Computing“ heißt das Zauberwort. Wie aus einer Wolke (im Englischen cloud) bedient man sich aus virtuellen Servicewelten, lässt beispielsweise Daten extern sichern oder den Virenschutz aktualisieren.

So bieten Google, Amazon und Telekom auf ihren Servern Plattformen für Webanwendungen und Platz für Daten an. Jetzt wartet System-Haus-Dresden (SHD) gezielt mit Speicherlösungen für den Mittelstand auf.

Es gehe darum, die Kronjuwelen der Firmendaten an einem zweiten Standort zu sichern, erläutert SHD-Chef Frank Karow. Bricht bei Havarie, Brand, Unwetter oder Hochwasser das System eines Unternehmens zusammen, könne man innerhalb von vier Stunden die Daten wieder zur Verfügung stellen. „Wir haben auch ein mobiles Speichersystem. Im Katastrophenfall werden die Daten persönlich vor Ort gebracht“, betont Karow.

Der Vorteil ist die Nähe zum Kunden. Die Daten liegen nicht etwa auf einem Server in Indien, sondern SHD besitzt zwei hochgesicherte geografisch getrennte Rechenzentren hier in den neu-

en Bundesländern. Nach den gesetzlichen Bestimmungen des deutschen Datenschutzes und ausfallsicher werden wichtige Informationen gespiegelt, das heißt doppelt an den beiden Standorten archiviert. „Wir wollen in den nächsten fünf Jahren ein Datenvolumen von einer Million Gigabyte mit Datenspeicherservices erreichen“, sagt Karow. Er rechnet mit Kundenaufträgen, die sich um Datenmengen zwischen 100 und 500 Gigabyte drehen. Wegen der räumlichen Nähe sind bei SHD keine Fremdsprachenkenntnisse erforderlich, das Kundentelefon ist deutschsprachig. SHD mit Hauptsitz in Dresden-Löbtau wurde 1990 als deutsch-deutsches Joint

Venture gegründet und bietet seither IT-Lösungen an. Die Geschäfte führen Frank Karow und Falk Ambos. 2009 verzeichneten sie einen Umsatz von 22 Millionen Euro, allein mit Datenspeicherlösungen wurden in den letzten fünf Jahren rund 35 Millionen Euro erwirtschaftet. Zur Zeit arbeiten insgesamt 90 Mitarbeiter in Dresden, sowie in Geschäftsstellen in Berlin, Hamburg, Halle, Leipzig, Nürnberg und Senftenberg. Zu den Kunden von SHD gehören Vattenfall, das Forschungszentrum Rossendorf, die Stadtentwicklung Dresden und das Klinikum Riesa Großenhain.

Madeleine Arndt

© www.shd-online.de

Pfändungsschutzkonto für Problemerkunden

Start am 1. Juli 2010 / Nach herber Kritik im Vorjahr richtet die Sparkasse den Preis an regulären Girokonten aus

Dresden (DNN/hp). Zum 1. Juli 2010 führt die Ostächsische Sparkasse Dresden (OSD) das neue Pfändungsschutzkonto, kurz P-Konto, ein. Es ist ein Angebot an Kunden, die verschuldet sind und ihre Zahlungsverpflichtungen planmäßig abarbeiten wollen.

Vorteil der Neuregelung: Die Kunden verfügen mit einem P-Konto über einen automatischen Pfändungsschutz von mindestens 985,15 Euro. Der wurde vom Gesetzgeber so festgelegt, der auch den 1. Juli als Stichtag für die neue Regelung bestimmte. Guthaben bis 985,15 Euro können auf einem P-Konto nicht gepfändet werden. Der Sockelbetrag steht den Inhabern frei zur Verfügung, um notwendige Ausgaben zu begleichen. Darüber hinausgehende Beträge werden für finanzielle Verpflichtungen verwendet.

Die OSD war im vergangenen Jahr in die Kritik geraten, als sich herausstellte, dass die Kasse die Gebühren für Problemerkunden, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen,

zum 1. Dezember 2009 drastisch auf zwölf Euro erhöhen würde. Es handelte sich dabei um Menschen, die sich etwa in Privatinsolvenz befinden, die ständig

ihr Konto überziehen, ohne sich um Ausgleich zu bemühen, oder gegen die Zahlungstitel etwa von Versandhäusern oder Mobilfunkanbietern vorliegen. Begründet

wurde die Erhöhung damals damit, dass diese Konten aufwendig manuell überwacht werden müssten.

Die OSD richtet betroffenen Kunden auf Antrag nun ein P-Konto ein, indem sie ein bestehendes Girokonto in ein P-Konto umwandelt. Und zwar zu den Preisen eines Girokontos ohne Zusatzkosten.

Nach der neuen Regelung kann jeder Kunde grundsätzlich nur ein P-Konto führen. Um sicherzustellen, dass der besondere Schutz nicht durch mehrere Konten missbraucht wird, sind alle Banken und Sparkassen verpflichtet, die Einrichtung eines solchen Kontos an die Schufa zu melden. Mit dem neuen P-Konto ist nach Angaben des Kreditinstituts allerdings auch sichergestellt, dass diese Kunden am modernen Zahlungsverkehr teilnehmen und somit zum Beispiel Überweisungen tätigen oder Geld an Automaten abheben können.

Anträge zur Umwandlung eines Girokontos in ein P-Konto zum 1. Juli werden ab sofort in den Filialen der OSD entgegengenommen.



All jene Sparkassenkunden, denen der Umgang mit Geld aus dem Ruder gelaufen ist, können ab 1. Juli ein Pfändungsschutzkonto einrichten lassen. Foto: Archiv/Volkmar Heinz

Weißrussland droht mit neuer Gasblockade

Minsk (AFP). Der Gasstreit zwischen Russland und seinem Nachbarn Weißrussland flammt wieder auf. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko drohte gestern mit einem neuen Transportstopp von russischem Gas nach Europa, sollte der russische Konzern Gazprom noch immer offene Forderungen nicht bezahlen. Die neue Blockade könne schon am Wochenende in Kraft treten, erklärte er. Am Donnerstag hatten sich die Wogen im Gasstreit der beiden Länder zunächst geglättet. Russland hatte seinem Nachbarstaat 228 Millionen Dollar Gas-Transportgebühren gezahlt. Weißrussland besteht jedoch auf insgesamt 260 Millionen Dollar.

Infineon muss in USA Kartellstrafe zahlen

Los Angeles/München (dpa). Frühere Preisabsprachen bei Speicherchips kommen Infineon teuer zu stehen. Der deutsche Halbleiter-Hersteller und fünf Wettbewerber müssen in einem Vergleich mit dem kalifornischen Justizministerium insgesamt 173 Millionen Dollar zahlen. Wieviel davon auf Infineon entfällt, ließ das Unternehmen gestern offen. Laut US-Behörden hatten die Fünf von 1998 bis 2002 ihre Preise für Speicherchips abgesprochen zu haben. Infineon hat sich aus dem Geschäft inzwischen zurückgezogen. Die 2006 ausgegliederte Speicherchip-Tochter Qimonda, die auch in Dresden produziert, ging im vergangenen Jahr pleite.

Chemnitzer Lokführer bereit zum Streik

Frankfurt/Chemnitz (dpa/sn). Im Tarifkonflikt der Chemnitzer City-Bahn droht die Gewerkschaft der Deutschen Lokomotivführer (GDL) erneut mit Streik. Sollte der Arbeitgeber in der für Dienstag (29. Juni) angesetzten Verhandlungsrunde kein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen, werde noch am gleichen Tag zu einem Streik aufgerufen, erklärte die Gewerkschaft am Freitag in Frankfurt. Sie fordert für die 35 Lokführer und 15 Zugbegleiter zur Angleichung an das Deutsche-Bahn-Niveau 30 Prozent mehr Lohn.

Ausstände der Beschäftigten hatten den Verkehr der City-Bahn bereits mehrfach lahmgelegt. Das Unternehmen bedient Zugstrecken von Chemnitz nach Burgstädt, Stollberg und Hainichen sowie von Stollberg über Glauchau nach Meerane.

Boeing-„Dreamliner“ müssen zur Inspektion

Everett/Seattle (dpa). Neuer Ärger mit dem „Traumjet“: Der amerikanische Flugzeugbauer Boeing muss alle bisher produzierten 787 „Dreamliner“ unter die Lupe nehmen, weil Probleme mit dem Höhenleitwerk aufgetaucht sind. Nach den Angaben vom Donnerstag sind Teile falsch montiert worden. Boeing verspricht aber, den ohnehin schon mehrfach über den Haufen geworfenen Zeitplan einzuhalten.

Die erste der mittelgroßen Langstrecken-Maschinen soll Ende dieses Jahres an die japanische All Nippon Airways gehen. Das ist gut zwei Jahre später als ursprünglich geplant. Die Verzögerungen kosteten die Amerikaner Milliarden, einige Kunden sprangen ab. Aktuell hat Boeing Bestellungen über 860 Flugzeuge in den Büchern.

Le Monde“-Redakteure wollen Bergé als Käufer

Paris (AFP). In der Übernahmeheschlacht um die von der Pleite bedrohte französische Traditionszeitung „Le Monde“ haben die Redakteure sich für einen Interessenten entschieden: Eine Gruppe von Geschäftsleuten um den langjährigen Yves-Saint-Laurent-Lebensgefährten Pierre Bergé solle das Blatt übernehmen, beschloss gestern in Paris die Redakteursgesellschaft von „Le Monde“, die 22 Prozent an der Mediengruppe hält. Bergé hatte Staatspräsident Nicolas Sarkozy vorgeworfen, den Verkauf an ihn und seine Mitstreiter aus politischen Gründen verhindern zu wollen. Eine Entscheidung fällt am Montag der „Le Monde“-Aufsichtsrat.

Thüringen legt Kreditprogramm auf

Erfurt (ddp). Angesichts drohender Liquiditätsgapen vieler Unternehmen haben die Thüringer Bürgschaftsbank und die Industrie- und Handelskammer (IHK) in Thüringen ein neues Kreditprogramm aufgelegt. Die Konjunktur ziehe an und neue Aufträge müssten vorfinanziert werden, sagte der Erfurter IHK-Geschäftsführer Gerald Grusser. Gleichzeitig seien aber die Eigenkapitalreserven der Betriebe häufig aufgebraucht und die Risikobereitschaft der Kreditinstitute sei im Zuge der Wirtschaftskrise erheblich gesunken. Das neue Hilfsprogramm biete Kredite bis 200 000 Euro für Investitionsvorhaben wie etwa Betriebserweiterungen.